

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin Lehrerin an einer AHS und Mutter zweier Kinder, eines davon geht noch in die Volksschule, in eine reformpädagogische Mehrstufenklasse.

Sowohl als Mutter als auch als Lehrerin bin ich sehr besorgt über die geplanten Änderungen im Bildungsbereich, die in erster Linie eine Verwaltungsreform bedeuten, pädagogisch jedoch sehr hinterfragenswert sind.

So klingt es beispielsweise sehr gut, von **Inklusion** zu sprechen. Natürlich sollen Kinder mit besonderen Bedürfnissen in einem möglichst normalen Umfeld aufwachsen. Was man dabei aber nicht beachtet ist die Tatsache, dass Schulen dafür nicht vorbereitet und LehrerInnen dafür nicht ausgebildet sind. Wir unterrichten in der AHS beispielsweise wieder in Klassen mit 29 SchülerInnen, 1 Lehrer ist für alle zuständig, soll individualisieren, differenzieren und natürlich auch für Kinder da sein, die besondere Bedürfnisse haben. Das können wir nicht leisten - und es werden alle darunter leiden. Die Kinder sowieso und auch LehrerInnen, die diesen vielen Ansprüchen gerne gerecht werden wollen.

Ich habe das Gefühl, dass uns über die Jahre immer mehr zugemutet und drübergestülpt wird. Die Überschriften klingen meist gut, in der Praxis ist vieles schlichtweg nicht durchführbar.

Mir tun beeinträchtigte Kinder leid, die nun normal funktionieren müssen, weil ihnen keine Sonderbehandlung mehr zugestanden wird.

Was die **Mehrstufenklasse** meines Sohnes betrifft, bin ich ebenfalls sehr besorgt. In Mehrstufenklassen arbeiten traditionell LehrerInnen mit zusätzlich reformpädagogischer Ausbildung. Um die Mehrstufigkeit in der Praxis lebbar zu machen, braucht es mehr Lehrerstunden als in altershomogenen Klassen. Bisher waren diese Mehrstunden garantiert. Nun bleibt es DirektorInnen überlassen, wo sie einsparen. Einerseits bringt man damit LehrerInnen am Schulstandort gegeneinander auf und zudem ist ja nicht gesagt, dass ein Direktor sicher hinter einem Projekt steht, auch wenn es seit Jahren erfolgreich ist. DirektorInnen können sich in Hinkunft die LehrerInnen aussuchen, LehrerInnen ihren Direktor/ ihre Direktorin aber nicht.

Und als letzten Punkt möchte ich noch die **Clusterbildung** ansprechen, die pädagogisch absolut sinnlos ist. Schule wird immer mehr zu einem Managementunternehmen und immer weniger zu einer pädagogischen Angelegenheit.

Ich halte vieles für sehr überdenkenswert und fände es schön, wenn wir LehrerInnen in solche Entscheidungsprozesse viel mehr eingebunden wären.

Wir haben schon lange das Gefühl, dass über unsere Köpfe hinweg entschieden wird und vieles am Schreibtisch Überlegte erweist sich in der Praxis als nicht machbar.

Ich fordere Sie deshalb auf, die Begutachtungsfrist zu verlängern LehrerInnen stärker in die Entscheidungsprozesse einzubinden.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea FöbI